

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES EUROPÄISCHEN RATES

Stuttgart, den 17. - 19. Juni 1983

FEIERLICHE DEKLARATION ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Die Staats- und Regierungschefs nahmen den Bericht der Aussenminister über den Abschluss ihrer Arbeiten an der deutsch-italienischen Initiative zur Europäischen Union, die aufgrund des Mandats des Europäischen Rates vom November 1981 durchgeführt wurden, entgegen. Die Staats- und Regierungschefs und die Aussenminister der Zehn unterzeichneten die Feierliche Deklaration zur Europäischen Union. Sie gaben ihrer grossen Genugtuung über diesen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Europäischen Union Ausdruck.

POLEN

Zum gleichen Zeitpunkt, in dem Papst Johannes Paul II. Polen seinen bedeutsamen Besuch abstattet, haben die Staats- und Regierungschefs die Lage in diesem Land, mit dem ihre Völker durch starke Bande der Solidarität verbunden sind, erneut erörtert.

Zu einer Zeit, in der die Stärke der Wünsche und Hoffnungen des polnischen Volkes mehr denn je zutage tritt, gaben sie ihrer Überzeugung Ausdruck, daß nur eine nationale Aussöhnung, die diese Wünsche und Hoffnungen in vollem Umfang berücksichtigt, Polen aus seiner tiefgreifenden Krise herausführen kann.

KSZE

Die Staats- und Regierungschefs erörterten die Fortschritte des KSZE-Folgetreffens in Madrid und nahmen mit Interesse von der zeitgerechten und wichtigen Initiative Kenntnis, die der Premierminister des Gastlandes, Herr Felipe Gonzales, am 17. Juni ergriffen hat. Ihre Regierungen werden diesen Vorschlag mit gebührender Sorgfalt und aufgeschlossen prüfen. Sie appellieren an die Regierungen der anderen Teilnehmerstaaten, ebenso zu verfahren. Sie vertraten erneut den Standpunkt, dass die Annahme eines substantiellen und ausgewogenen Schlussdokuments in Madrid Fortschritte für die Menschen bringen, den Weg für eine Konferenz über Abrüstung in Europa eröffnen, dem KSZE-Prozess neue Impulse geben und einen nützlichen Beitrag zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen insgesamt leisten würde.

NAHER OSTEN

Die Staats- und Regierungschefs sind der Auffassung, dass die Wiederherstellung der vollen Souveränität Libanons und seine Rückkehr zu einem endgültigen Frieden den vollständigen und umgehenden Rückzug der fremden Streitkräfte von seinem Hoheitsgebiet erfordern mit Ausnahme solcher, deren Anwesenheit einem Wunsch der libanesischen Regierung entspricht.

Sie bekräftigten ihre volle Unterstützung Präsident Gemayels und seiner Regierung, die sich entschlossen um die Wiederherstellung ihrer Autorität auf dem gesamten libanesischen Hoheitsgebiet bemühen. Sie vertraten in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass die Unterzeichnung des israelisch-libanesischen Abkommens einen Schritt darstellt, auf den weitere Schritte folgen müssen. Sie sind jedoch der Ansicht,

dass der Frieden nur dann Wirklichkeit werden kann, wenn die Sicherheit und die berechtigten Interessen der übrigen Staaten und Völker der Region berücksichtigt werden.

Sie erklärten ihre Bereitschaft, die Bemühungen der betreffenden Parteien um eine breitere Verständigungsgrundlage mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern.

Sie sind nach wie vor davon überzeugt, dass ein gerechter, dauerhafter und umfassender Frieden im Nahen Osten sich nur auf der Grundlage der Prinzipien erreichen lässt, die sie in der Vergangenheit wiederholt zum Ausdruck gebracht haben.

Sie brachten erneut ihre sehr ernste Besorgnis über die Not der palästinensischen Zivilbevölkerung zum Ausdruck. Es ist ihr Wunsch, dass die zuständigen internationalen Stellen ihre Aufgabe zugunsten dieser Bevölkerung unbehindert erfüllen können.

IRAK-IRAN

Die Staats- und Regierungschefs bedauerten zutiefst, dass auf dem Weg zur Lösung des Konflikts zwischen Irak und Iran noch keine Fortschritte erzielt werden konnten.

Sie unterstützen alle Versuche, zwischen den beiden Staaten zu vermitteln und wiederholen ihre Hoffnung, dass diese Bemühungen zu konkreten Ergebnissen führen und dem Interesse aller Länder dieser Region Rechnung tragen.

Das Schicksal der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen hat bei ihnen Betroffenheit ausgelöst, und sie appellieren nochmals an die beiden Kriegführenden, die Genfer Konventionen einzuhalten und dem IKRK seine humanitäre Tätigkeit zu ermöglichen.

MITTELAMERIKA

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen ihr grosses Interesse an den Entwicklungen in Mittelamerika. Sie sind tief besorgt über die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in vielen Teilen dieser Region, über die sich daraus ergebenden Spannungen und über das weit verbreitete Elend und Blutvergießen.

Sie sind der Überzeugung, dass die Probleme Mittelamerikas nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden können, sondern nur durch eine politische Lösung, die in der Region selbst ihren Ursprung hat und die die Grundsätze der Nicht-einmischung und Unverletzlichkeit der Grenzen beachtet. Deshalb unterstützen sie nachdrücklich die derzeitige Initiative der Contadora-Gruppe. Sie betonten die Notwendigkeit, demokratische Bedingungen zu schaffen und die Menschenrechte in der Region strikt zu beachten.

Sie sind auch in Zukunft bereit, ihren Beitrag zur weiteren Entwicklung in dieser Region zu leisten, um Fortschritte auf dem Weg zur Stabilität zu fördern.

AFGHANISTAN

Die Staats- und Regierungschefs erörterten die Lage in Afghanistan. Sie äusserten sich besorgt über die Vernichtung und Zerstörungen, die die sowjetische militärische Besetzung und insbesondere die Bombardierung und die Beschiessung bewohnter Gebiete der afghanischen Bevölkerung zufügen, sowie über das Elend von über 3 Millionen Flüchtlingen, besonders der zahlreichen Flüchtlinge in Pakistan.

Sie betonten die dringende Notwendigkeit einer Lösung, die es ermöglicht, dass Afghanistan seine Unabhängigkeit und seinen Status als blockfreies Land wiedererlangt, dass die Flüchtlinge sicher und in Ehren freiwillig heimkehren und dass das afghanische Volk insgesamt sein Recht auf Selbstbestimmung ausübt.

Sie unterstützen jede konstruktive Initiative, die auf eine politische Lösung in Übereinstimmung mit den Entschliessungen der Vereinten Nationen abzielt und zu dem vollständigen Rückzug der sowjetischen Truppen führt.

Sie appellieren an die sowjetischen Behörden, den humanitären Organisationen in Afghanistan keine Hindernisse in den Weg zu legen.